

Pressemitteilung des Vorsitzenden des Beirats für Menschen mit Behinderungen und der Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte des Landkreises Anhalt-Bitterfeld zur Fortschreibung des Aktionsplans

Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen zielt auf die Verwirklichung der Selbstbestimmung und der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen ab.

Mit dem vom Kreistag Anhalt Bitterfeld 2014 beschlossenen ersten Aktionsplan haben wir u. a. das Ziel verfolgt, die Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe zu fördern und bestehende Benachteiligungen und ausgrenzende Strukturen zu beseitigen. Dem Rechenschaftsbericht zu diesem vorangegangenen Aktionsplan ist eine positive Bilanz zu entnehmen. Die Botschaft der Inklusion ist an vielen Orten und in vielen Bereichen unseres Landkreises angekommen. Hierzu hat nicht zuletzt das ehrenamtliche Engagement des Beirates für Menschen mit Behinderungen beigetragen.

In der jetzt vorliegenden Fortschreibung des Aktionsplanes werden weitere Handlungsschritte festgelegt, um eine selbstbestimmte, volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen.

Dazu brauchen wir nun auch viel Kraft, Mut und Ausdauer von allen Beteiligten – auch in den Kommunen des Landkreises Anhalt Bitterfeld. Hier muss ein Klima entstehen, dass Inklusion als selbstverständliches Politik- und Verwaltungshandeln erfordert. Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ist kein Verhandlungsgegenstand, je nach Kassenlage. Gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschen- und Grundrecht.

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen und die Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte des Landkreises Anhalt Bitterfeld danken allen Beteiligten für ihr Engagement und ihre Ausdauer bei der Erarbeitung des Aktionsplanes und seiner Fortschreibung. Wir danken aber auch den Vertretern der politischen Parteien des Kreistages sowie dem Landrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landkreisverwaltung.